**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 158 (1992)

Heft: 4

Artikel: Europas Neutrale : Keiner gleicht dem andern : ein Überblick

Autor: Range, Clemens

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-61730

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 17.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

170 ASMZ Nr. 4/1992

Die österreichische und schwedi-

sche Regierung haben ihre EG-Auf-

Finnland will diesen Schritt im Früh-

an einem Beitritt bekundet. Die Neu-

tralen wollen in einem vereinten Eu-

und sich nicht durch eine möglicherweise überholte, blockfreie Politik

auf, welche Bedeutung Neutralität in

Zukunft überhaupt noch hat.

# **Europas Neutrale:** Keiner gleicht dem andern

# Ein Überblick

Clemens Range

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Mittelostund Südosteuropa haben die neutralen Staaten Europas gezwungen, ihre Sicherheits- und Wehrpolitik zu überdenken. Davon ist jedoch nicht nur die Militärstrategie betroffen. Staaten wie Österreich und Finnland haben sich inzwischen von den ihnen angelegten Fesseln befreit.

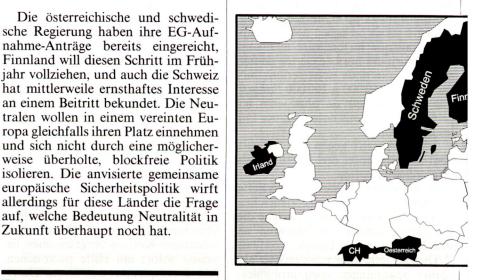
> **Finnland** Durch den Zusammenbruch des Warschauer Pakts und des dramatischen Erosionsprozesses in der einstigen Sowjetunion hat das 4,8 Millionen Einwohner zählende Finnland insbe-

> sondere seine Ostpolitik neu bewertet. Der 1948 zwischen Helsinki und Moskau abgeschlossene militärische Beistandspakt ist obsolet. Dieser in der Welt einzigartige sogenannte VSB-Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und militärischen Beistand war bislang Richtschnur in den Beziehungen zur UdSSR. Der Vertrag, den der tschechoslowakische Präsident Vaclay Havel einmal als «noch einziges Relikt aus der Stalinzeit», das alle Wirren in Osteuropa überlebt habe, bezeichnete, schränkte Finnlands politische Bewegungsfreiheit ein, beliess dem Volke aber seine westliche Lebensform. Das neue Abkommen enthält nunmehr keine Vereinbarungen mehr über eine automatische Beistandspflicht. Bedingt durch die innenpolitischen Wirrnisse in der zerberstenden UdSSR konnte der neue

Nachbarschaftsvertrag jedoch noch nicht mit dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion, Russland, ratifiziert werden.

Für Helsinkis Politik bleiben die Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn auch in Zukunft ein wichtiger Faktor. Dies auch in einer Zeit, in der der Handel dramatisch zurückgeht. So fielen die finnischen Exporte in die UdSSR von 21,5 (1985) auf 12,7 Prozent (1990), die Importe gingen in diesem Zeitraum von 21 auf 9.9 Prozent zurück. Die finnische Regierung will nun aber primär das Baltikum und Russland bei der Neustrukturierung ihrer Wirtschaft unterstützen.

Die 1200 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit Russland bietet vor



allem aufgrund der strategischen Armeebasen der einstigen Sowjetstreitkräfte auf der Halbinsel Kola Anlass zur Sorge. Die Ostsee und das Nordkap, zu dem auch Finnisch-Lappland zählt, behalten auch in einer veränderten politischen Lage ihre strategische Bedeutung. Der finnische Raum ist dagegen strategisch relativ bedeutungslos. Die Naturgegebenheiten bringen es mit sich, dass nur etwa 10 Prozent des Geländes panzergängig sind. Die finnischen Verteidigungsmassnahmen sollen denn auch nur sicherstellen, einen Missbrauch finnischen Territoriums als Land- oder Luftkorridor zu verhindern. Allerdings ist die Zahl und der Wehrwille der Soldaten beachtlich. Die Gesamtstärke der Armee beträgt nach einer Mobilmachung etwa 700 000 Mann.

Dennoch ist man sich in Finnland darüber im klaren, dass das Land bei einem Grossangriff allein nicht verteidigungsfähig wäre. Langfristig wird deshalb ein Mitwirken in einem europäischen Sicherheitssystem für denkbar gehalten. Derzeit allerdings bleiben die Finnen beim Thema «europäi-



Clemens Range, 1955 in Berlin geboren, ist Journalist und Reserveoffizier; seit 1986 arbeitet Range in der Bonner Zentralredaktion der Tageszeitung «Die Welt» als politischer Redakteur.

sche Integration» vorsichtig, aber auch realistisch. Sie fragen, welche Rolle die EG um das Jahr 2000 gedenkt zu spielen und welches Sicherheitssystem Europa in Zukunft haben wird. Der finnische Antrag auf einen EG-Beitritt wird daher von vielen mit Skepsis betrachtet.

# Schweden

Im Gegensatz zu Finnland hat Schweden seine Zurückhaltung gegenüber der EG bereits aufgegeben. Seit 150 Jahren verfolgt das Königreich eine bündnisfreie Aussenpolitik mit dem Ziel der Neutralität im Kriegsfall. Lange waren deshalb für Stockholm EG-Mitgliedschaft und Neutralität unvereinbar. Doch mit dem Ende des kalten Krieges hielten immer mehr der 8,33 Millionen Schweden eine EG-Mitgliedschaft wie bisher schon die Zugehörigkeit zur UNO als kompatibel mit der Neutralität. Nach dem formellen Beitrittsantrag wird nunmehr darüber diskutiert, wie Neutralität heute definiert wird. Dabei ist bemerkenswert, dass Schwedens Neutralität weder in der Verfassung verankert ist noch auf Gesetzen beruht.

In Stockholm wird inzwischen über eine Ersatzformulierung für die Neutralität nachgedacht, die «Blockfreiheit» oder «nichtmilitärische Kooperation» lauten könnte. Anders als in Finnland wird die Diskussion in Schweden um die Neutralität nicht von der Realität geprägt, sondern vielmehr akademisch geführt, obwohl die einstige UdSSR auch in der schwedischen Neutralitätspolitik stets ein Fixpunkt war. Auffallend ist auch jetzt, dass Schweden alles vermeidet, in der aufgelösten Sowjetunion den Eindruck zu erwecken, mit einer neuformulierten Sicherheitspolitik werde Stockholm in ein westliches Sicherheitssystem eingebunden.

Europa mit einer an Bedeutung zunehmenden EG übt auf das skandinavische Land aber eine enorme Anziehungskraft aus, dem sich Schweden nicht entziehen kann und wohl auch nicht will. So rechnen Experten mit einem über zwei Dekaden gehenden Integrationsprozess, an dessen Ende die Neutralität gegenstandslos sein dürfte.

Sicherheitspolitisch ist Schweden für die Stabilität des Ostseeraumes äusserst wertvoll. Die strategische Bedeutung Schwedens ergibt sich aus wichtigen maritimen Schlüsselpositionen. Dies sind im Südosten die Ostseezugänge und im Norden die skandinavischen Gebiete jenseits des Polarkreises. Im Nordosten liegen – nur 200 Kilometer von der schwedischen Grenze und durch finnisches Territorium getrennt - auf der Kola-Halbinsel die wichtigsten Flottenstützpunkte der früheren Sowjetarmee. Die Landesverteidigungsplanungen deshalb - und werden es wohl auch noch für einige Zeit bleiben - primär auf eine Invasion abgestellt. Ein Schwergewicht wird daher auf die Luftwaffe gelegt. Die Gesamtstreitkräfte sollen nach einer Mobilmachung rund 700 000 Mann umfassen, wobei in dem existierenden Milizsystem nicht zuletzt aufgrund der angespannten Finanzlage kaum mehr geübt wird. Fachleute beobachten denn auch eine «Degeneration» der Verteidigung. Schwedens erklärtes Ziel ist es, auch in Zukunft für seine Verteidigung selbst zu sorgen und sein Territorium freizuhalten von militärischen Aktionen und fremden Einrichtungen.

# Österreich

In Österreich, das sich seit 1955 an der Nahtstelle der beiden gegeneinander gerichteten militärischen Blöcke befand, sind inzwischen des öftern Äusserungen zu vernehmen, dass die 7,5 Millionen Einwohner zählende Alpenrepublik nicht ewig neutral bleiben wolle. Österreich, das 1214 Kilometer Grenze zu Mitgliedsstaaten der NATO hat, 924 Kilometer zu Staaten des einstigen Warschauer Pakts, 311 Kilometer Grenze zu Slowenien und 164 Kilometer zur Schweiz, ist durch die revolutionären Umwälzungen im früheren Ostblock und dem Bürgerkrieg in Jugoslawien aus seiner «Randposition» wieder in die Mitte Europas gerückt.

Dies führte bereits dazu, dass Wien eine Revision der vor allem mit der UdSSR abgeschlossenen Verträge wünscht. Denn Österreich war 1955 durch die vier grossen Siegermächte – USA, Frankreich, Grossbritannien und die Sowjetunion – aus dem Besatzungsverhältnis unter der Bedingung des Neutralitätsstatus in die Freiheit entlassen worden. Österreichs Neutralität ist allerdings nicht Inhalt des Staatsvertrages, sondern eines parallel dazu vom Parlament beschlossenen Verfassungsgesetzes. Sie gilt fortan als Eckpfeiler der staatlichen Existenz.

Nicht zuletzt aufgrund der veränderten politischen Landschaft in Europa hat Österreich die Aufnahme in die EG beantragt. Wien strebt die EG-

Mitgliedschaft schon deshalb an, um keine schweren ökonomischen Nachteile in Kauf zu nehmen. In der EG gibt es jedoch gegenüber Österreich Vorbehalte, denn einige EG-Staaten haben die Sorge, Österreich und das wiedervereinigte Deutschland könnten eine Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen in der EG bilden. Sicherheitspolitisch kommt Österreich indes im veränderten Europa eine neue und zugleich uralte Rolle zu: Es kann sich zu einem Zentrum für Ost-West-Begegnungen entwickeln und dabei eine Vermittlerrolle spielen, an der auch die EG vermutlich ein wachsendes Interesse haben dürfte.

Insbesondere durch die Nationalitätenkonflikte in der Nachbarschaft ist es für die Alpenrepublik äusserst unruhig geworden. Die Aufnahme von riesigen Flüchtlingstrecks oder gar das «Überschwappen» von Gewaltaktionen gilt als denkbar. Als Räume besonderer operativer Bedeutung gelten das Donau-Tal, der Tiroler Raum sowie die untere Steiermark und Kärnten. Dabei verfolgt Österreich mit seiner Armee, die nach Mobilmachung etwa 220 000 Mann umfassen soll (in der Diskussion ist inzwischen eine Reduzierung auf 120 000 Mann), eine «Abhaltestrategie», die das Ziel hat, militärische Operationen eines oder mehrerer Nachbarstaaten zu verhindern. Dabei soll in den gebirgigen Schlüsselzonen ein Gegner in Abnutzungsgefechte verwickelt werden. In seiner fast 37jährigen Geschichte hat das Bundesheer mehrfach durch starke Präsenz an seiner Landesgrenze Wiens Verteidigungswillen unmissverständlich demonstriert. So 1956 während der Ungarn-Krise, 1968 bei der Besetzung der CSSR durch Warschauer-Pakt-Truppen und 1991 bei dem jugoslawischen Bürgerkrieg an der Grenze zu Slowenien. Bei den Milizsoldaten ist der Wehrwille entsprechend stark ausgeprägt.

### **Schweiz**

Die 6,4 Millionen Einwohner zählende Schweiz ist das einzige Land, das eine garantierte, immerwährende Neutralität besitzt. Diese wurde der Eidgenossenschaft auf dem Wiener Kongress von den Grossmächten im zweiten Pariser Frieden 1815 ausdrücklich garantiert. Die bewaffnete Neutralität ist Staatsgrundsatz und hat zweifelsohne die Prosperität des Landes mitbegründet. Strikter als alle anderen neutralen Staaten achtet die Schweiz bis heute auf ihren Status. So

ist sie beispielsweise zwar in allen UNO-Organisationen vertreten, nicht aber in der Generalversammlung.

Die Sicherheitspolitik der Eidgenossen beinhaltet die Ziele: Friede in Freiheit und Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfreiheit und Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen. Darüber hinaus will die Schweiz einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Stabilität, vornehmlich in Europa, leisten. Als Basis dieser Politik gilt die Milizarmee, die nach einer Generalmobilmachung eine Stärke von 625 000 Mann haben soll. Die Wehrhaftigkeit der Schweizer wird allgemein für gut beurteilt, wenngleich der Wehrwille nachlässt. So verwundert es nicht, dass mittlerweile auch ein Milizbestand von 400 000 Soldaten für ausreichend gehalten wird, wobei sogar eine weitere Reduzierung auf 300 000 Wehrmänner diskutiert wird.

Die topographischen Gegebenheiten der Schweiz begünstigen deren Verteidigungsplanungen. Ihre Raumverteidigung ist ein beachtenswertes Fundament der «Strategie der Abhaltung» eines mit konventionellen Waffen agierenden Gegners. Die Gesamt-

verteidigung, einschliesslich des Schutzes der Zivilbevölkerung, ist wohl von allen Staaten Europas in der Schweiz am besten organisiert.

Aufgrund der Umwälzungen in Europa fragen sich inzwischen nicht wenige Eidgenossen, ob das Land weiterhin noch derart stark gerüstet sein muss. Und auch das Thema EG-Beitrittsgesuch ist virulent. Denn auch die Schweiz hat erkannt, dass ein Umdenken nötig ist, um nicht von Europa isoliert zu sein. Allerdings ist die Bevölkerung nicht bereit, sozusagen als Eintrittspreis die militärische Neutralität aufzugeben.

### Irland

Die Inselrepublik Irland nimmt unter den Neutralen Europas eine Sonderstellung ein. Denn die Neutralität dieses 3,4 Millionen Einwohner zählenden Staates ist wesentlich daraus geboren, dass man nicht der britischen Krone dienen will. Dies bedeutet aber keinesfalls, dass Irland sich ausschliessen will, was beispielsweise die EG-Mitgliedschaft belegt. Somit ist

die irische Neutralität, die von rund 30 000 Soldaten notfalls verteidigt werden soll, nur von lokaler Bedeutung und für den europäischen Kontext bedeutungslos.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass mit dem Ende der Konfrontation zweier Militärblöcke in Europa die Neutralität einzelner Staaten an Bedeutung weiter abnimmt. Schon aufgrund der Kostenexplosion im Rüstungssektor sind künftig Kooperationen nötig. Dennoch wird kein neutrales Land, wie bereits heute, alleine verteidigungsfähig sein. Je klarer die europäische Verteidigungspolitik formuliert wird, desto eher «stirbt» die Neutralität in Europa. Allerdings droht dabei keiner Nation der Untergang, sondern Europa wird seine Schutzfunktion vielmehr auf diese ausweiten. Und für Europa wiederum dürften die vielfältigen, wohltuenden Einflüsse, insbesondere auf dem Feld der Diplomatie, ein beträchtlicher Zugewinn sein.

